
13570/J XXV. GP

Eingelangt am 08.06.2017

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Josef A. Riemer
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen
betreffend EU-Behörden übersahen bei 8 Glyphosat-Studien Krebsbefunde

In einem sechsseitigen Brief an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erhebt Professor Christopher Portier, dem ehemaligen Direktor des National Institute of Environmental Health Sciences der USA und Berater der WHO-Krebsforschungsagentur IARC, schwere Vorwürfe. Portier kritisiert darin die EU-Kommission, weil in der EU-Studie zu Glyphosat acht bisher unberücksichtigte, aber signifikante Krebsbefunde von Ratten und Mäusen beinhaltet sind, die aber bei der Beurteilung nicht offengelegt worden seien. Dadurch habe sich laut Portier aber die Zahl der statistisch signifikanten Krebsbefunde auf aktuell nicht weniger als 21 erhöht. Dies widerspreche den Aussagen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, die immer wieder darauf verwiesen habe, dass Originalstudien und die darin enthaltenen Rohdaten bei der Begutachtung verwendet worden seien. Portier verweist darauf, dass gemäß EU-Pestizidverordnung bereits zwei positive Tumorstudien genügen würden, um die Grundlage für eine Nichtzulassung von Glyphosat zu bilden.

Die EU hat im Vorjahr trotz heftiger Proteste die Zulassung von Glyphosat bis Ende 2017 verlängert. Nun bleibt die EU-Kommission trotz der Warnungen von Portier bei ihrem Urteil über Glyphosat, will aber die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) jedoch zu Antworten auf Portiers Bedenken auffordern. Vorerst gebe es jedoch keinen Grund, die *„wissenschaftlichen Bewertungen und Schlussfolgerungen zu Glyphosat infrage zu stellen“*, so die EU-Kommission auch unter Verweis auf analoge Einschätzungen etwa der Weltgesundheitsorganisation und Behörden etwa in Kanada, Australien und Japan.

(Quellen: <https://www.unzensuriert.at/content/0024147-Schwerer-Vorwurf-EU-hat-bei-Glyphosat-Studie-Krebsbefunde-uebersehen>
<http://orf.at/stories/2393551/>)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen folgende

Anfrage

1. Sind dem BMGF die neuen Studien bekannt?
2. Welchen Standpunkt vertritt das BMGF in Anbetracht der bekannt gewordenen Studien?
3. Wie hoch sehen sie Gefahr von Anstieg von Krebserkrankungen bei einer weiteren Zulassung von Glyphosat?
4. Werden Sie sich für eine weitere Zulassung von Glyphosat aussprechen?
Bitte um Begründung!
5. Welche Maßnahmen trifft das BMGF um Glyphosat durch ein anderes, weniger bedenkliches Mittel zu ersetzen